

Zeitschrift: Rheinfelder Neujahtsblätter
Herausgeber: Rheinfelder Neujahtsblatt-Kommission
Band: - (1976)

Artikel: Kernkraftwerk Kaiseraugst
Autor: Heiz, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kernkraftwerk Kaiseraugst

Chronik

(Benutzte Unterlagen: Presse; Kaiseraugst, Chronologie, von Dr. Bernardo Gut, 2. erweiterte Auflage)

1974

November. 5. Aussprache des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen A-Werke mit Bundesrat W. Ritschard. – *Dezember*. 7. In Pratteln berät eine GAK-Vollversammlung über einen Aluminiumboykott und einen Stromzahlungstreik.

1975

Januar. 10. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt äussert erneut Bedenken wegen einer möglichen Häufung von Kernkraftwerken im Raume von Basel. – *Februar*. 1. Die GAK beginnt eine Aluminiumsammlung, damit Strom eingespart werden kann. – *März*. Im Februar bzw. März werden die kantonalen Volksinitiativen in BS (ca. 9000 Unterschriften) bzw. BL (ca. 8000 Unterschriften) eingereicht. Die Regierungen werden aufgefordert, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau von Atomkraftwerken und ähnlichen Anlagen im Kantonsgebiet und im angrenzenden Gebiet einzusetzen. – 5. Die Erschliessungsarbeiten auf dem Kernkraftwerksgelände Kaiseraugst sind im Gang. – 24. Beginn der Aushubarbeiten. (Die Baubewilligung für den nuklearen Teil ist noch nicht erteilt worden!) – *April*. 1. Mitglieder der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) und des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees besetzen das Baugelände. Die Bauarbeiten werden eingestellt. – 6. Kundgebung gegen den Bau des Kernkraftwerks auf dem Baugelände. Trotz Regen ungefähr 16 000 Teilnehmer. (Alle Rheinfelder Ortsparteien haben zu der Kundgebung eingeladen.) Die Besetzung wird weitergeführt. – 7. Der aarg. Regierungsrat verurteilt die Besetzung und fordert die Besetzer auf, von einer weiteren Behinderung der Bauarbeiten abzulassen. – Nachdem

die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG Strafklage eingereicht hat, haben vor dem Bezirksamt Rheinfelden die Einvernahmen von vier Besetzern begonnen. – 10. Vertreter der nordwestschweizerischen Kantonsregierungen tagen in Egerkingen. Sie wollen den Bundesrat um ein Gespräch über die mit dem Kernkraftwerk Kaiseraugst zusammenhängenden Fragen ersuchen. – Der baselstädtische Grosse Rat stimmt einer Resolution zu, wonach die Bauarbeiten nicht fortgesetzt werden sollen, bis eine meteorologische Oberexpertise über die klimatischen Auswirkungen mehrerer Kernkraftwerke im Raume Basel erstellt und die Frage der Lagerung des radioaktiven Atommülls gelöst sind. – 11. Der aarg. Regierungsrat will mit den Besetzern erst verhandeln, wenn die Besetzung aufgehoben ist. – 12. In Rheinfelden bildet sich eine Bürgerinitiative gegen den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst. Bürgerinitiativen entstehen auch in Magden, Möhlin-Zeiningen und in Baselbieter Gemeinden. – 14. Im Hinblick auf eine mögliche polizeiliche Räumung des Kraftwerkgeländes richten die Bürgerinitiativen in ihren Gemeinden Alarmsysteme ein. – 16. Volksmarsch der Bürgerinitiativen auf das Kraftwerkgelände. – Die Besetzer fordern den Verzicht auf den Bau des Kernkraftwerks. – Bundesrat Ritschard ist bereit, mit den Besetzern zu reden. – Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG legt die Tatsachen dar, welche die eidgenössische Kühlturmkommission zu ihrem Entscheid bewogen haben. – 17. Der Landrat des Kantons Baselland fordert in einer Resolution einen Baustopp für das Kernkraftwerk Kaiseraugst. – 18. Der Gemeinderat Rheinfelden und die Rheinfelder Parteivorstände schreiben an die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG u. a.: «Wir befürchten nun, dass sich die Fronten zunehmend verhärten. Die hängigen Fragen sind aber zu komplex und zu schwerwiegend, als dass sie von Ihrer Seite unter Berufung auf die Rechtsstaatlichkeit erledigt werden dürften. Unseres Erachtens müssten so schnell wie möglich Gespräche aufgenommen werden mit dem Ziele, diese Probleme gemeinsam zu lösen. Damit aber solche Gespräche in einer sachlichen Atmosphäre geführt werden können, scheint es unbedingt notwendig, dass Sie als Zeichen Ihres guten Willens von sich aus vorläufig auf die Weiterführung der Bauarbeiten in Kaiseraugst verzichten, solange diese komplexen Fragen nicht abgeklärt und die damit zusammenhängenden Expertisen erstellt sind. Wir sind auch der Auffassung, dass der Rückzug der eingereichten zivil- und strafrechtlichen Klagen gegen einzelne Besetzer durch Sie

dem Verhandlungsklima sehr zugute kommen würde. Die Unterzeichner werden bei Erfüllung dieser Wünsche alles daransetzen, um die Aufhebung der Besetzung zu erreichen.» – Aussprache zwischen Vertretern des Bundesrates und der nordwestschweizerischen Kantonsregierungen. Die Vertreter des Bundesrates und der Kantonsregierungen verurteilen «einmütig die illegale Besetzung des Baugeländes und erklären sich mit der rechtsstaatlichen Auffassung der Regierung des Kantons Aargau solidarisch. Die Vertreter des Bundesrates und der Kantone fordern die Besetzer auf, das Gelände zu räumen. ... Die Vertreter des Bundesrates sind bereit, nach Abbruch der Besetzung Delegationen des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke und der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) zu einem Gespräch zu empfangen.» – 20. Fernsehdiskussion über Kaiseraugst. – Die Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt bedauert es, dass der Bundesrat erst mit den Besetzern sprechen will, wenn das Baugelände geräumt ist. – 21. Die Besetzer schliessen die Nationale Aktion von der Bewegung aus. – Die sozialdemokratischen Parteien der Bezirke Laufenburg und Rheinfelden und die Jungsozialisten Fricktal fordern einen sofortigen Baustopp in Kaiseraugst. – 23. Regionale Volksvelotour zum Baugelände. Gegner der Besetzer streuen Reissnägeln. – 24. Die FdP Rheinfelden ruft zur Teilnahme an der Kundgebung vom 26. auf. – 25. Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat ein Vollstreckungsbegehren für die Räumung des Baugeländes gestellt. – In einem Schreiben an die GAK macht der Bundesrat Verhandlungen davon abhängig, dass die illegale Besetzung definitiv und bedingungslos abgebrochen werde. – Etwa 15 000 Bewohner der Region Basel fordern vom Bundesrat den sofortigen Baustopp in Kaiseraugst. – Die Basler Aktionsgemeinschaft zum Schutze von Natur und Umwelt billigt die Besetzung. – 26. An der Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern nehmen etwa 18 000 Menschen teil. – 28. Die Besetzer sind bereit, das Baugelände für drei Wochen zu räumen, sobald der Bundesrat das Gespräch mit ihnen aufnimmt. – Die Regierung in Liestal teilt rechtlich den Standpunkt des aarg. Regierungsrates, stellt sich aber sachlich hinter den Landrat, der einen Baustopp für Kaiseraugst verlangt hat. – Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt die Forderungen nach vermehrter Abklärung der Folgeerscheinungen von A-Werken und zeigt Verständnis für die Befürchtungen der Besetzer. – 30. Schreiben der fricktalischen

Bürgerinitiativen an Regierungsrat Dr. Hunziker. – Die Typographia Basel erklärt sich mit den Besetzern solidarisch. – *Mai*. 2. Eine umfangreiche «Verkehrskontrolle» der aarg. Kantonspolizei auf der Hauptstrasse beim Baugelände und die Überwachung der Häuser von Atomkraftwerkgegnern löst unter den Besetzern und der GAK die Befürchtung aus, es könnte sich dabei um den Aufmarsch zu einer polizeilichen Räumung des Baugeländes handeln. Sie lösen Alarm aus, der innert kürzester Zeit Hunderte von A-Werk-Gegnern auf das Baugelände bringt. – Die Gemeinde Kaiseraugst stellt den Besetzern das Wasser ab. Es wird nun in Zisternenwagen in Rheinfelden geholt. – In einem grossen Inserat der «Aktion Kaiseraugst für die Erhaltung der Rechtsordnung in der Schweiz» wird vor der Typhusgefahr auf dem Baugelände und einer Verseuchung der Wasserversorgung gewarnt. In der gleichen Nummer der «Rheinfelder Volksstimme» führt der Kantonsarzt jedoch aus, für den Augenblick sei keine gesundheitliche Gefährdung zu befürchten. – 305 Angehörige der ETH Zürich fordern den sofortigen Baustopp für Kernkraftwerke in der Schweiz und eine Neuorientierung der schweizerischen Energiepolitik. – 5. Die GAK teilt dem Bundesrat mit, die Besetzung werde so lange weitergeführt, bis ein Baustopp erlassen worden sei. (s. 25. 4.) – Die Geistlichen der drei Landeskirchen von Kaiseraugst, Magden, Möhlin und Rheinfelden bitten den aarg. Regierungsrat in einem Brief, das Gespräch mit den Besetzern ohne Vorbedingungen aufzunehmen. – An der aargauischen Gemeindeschreibertagung in Möriken wendet sich der Vorsteher des Departements des Innern, Dr. Louis Lang, scharf gegen die Besetzer. – 7. Eine Vermittlerdelegation, der auch Stadtammann Richard Molinari angehört, spricht bei Bundesrat Ritschard vor. Der Bundesrat beharrt aber darauf, Verhandlungen erst aufzunehmen, wenn die Besetzung definitiv und bedingungslos abgebrochen worden sei. – An einer Tagung der Conférence tripartite permanente de coordination régionale wird beschlossen, die zu erwartenden meteorologischen und klimatischen Veränderungen durch den Bau von A-Werken in der Region Basel untersuchen zu lassen. – 8. An der Vollversammlung setzen sich GAK und Bürgerinitiativen von der extremen Linken (RML und POCH) ab und beschliessen, dem Bundesrat einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten, wonach die Besetzung unter bestimmten Bedingungen an Pfingsten abgebrochen werden könnte. – 9. Der Bundesrat hat den Besetzern mündlich die Aufnahme

von Gesprächen am 27. Mai versprochen. Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG erklärt sich schriftlich bereit, mit den Bauarbeiten bis 1. Juni zuzuwarten, das Gelände aber gelegentlich noch vor der Aufnahme der Bauarbeiten zu umzäunen. Auf Grund dieser Zusicherungen beschliesst die Vollversammlung (rund 1500 Personen) mit überwältigender Mehrheit, das Baugelände am Pfingstmontag, dem 19. Mai, zu verlassen. – Die CVP Baselland verlangt einen Baustopp für Kaiseraugst, bis alle notwendigen Abklärungen getroffen sind. – Die FdP Baselland verlangt vom Bundesrat, er solle die Standortbewilligung für das A-Werk Kaiseraugst in Wiedererwägung ziehen. 13. Bürgerinitiative. Orientierungsveranstaltung. Hans Schneider, Zeiningen, referiert über «Auswirkungen von Atomkraftwerken und Notwendigkeit der Besetzung in Kaiseraugst». – Die Bezirksgruppe Rheinfelden des Landesarbeitskreises erklärt sich mit den Besetzern solidarisch. – Der Grosse Rat diskutiert während des ganzen Vormittags über die Besetzung. Das Verständnis für die Besetzer nimmt ungefähr im Quadrat der Entfernung vom Baugelände ab. – Etwa 100 wissenschaftliche Mitarbeiter des Biozentrums der Universität Basel protestieren beim Bundesrat gegen den Bau des A-Werks Kaiseraugst. – 15. Die Vollversammlung beschliesst, die Besetzung weiterzuführen. Gründe: Der Bundesrat hat seine Zusage, am 27. Mai Gespräche aufzunehmen, in dem Sinne zurückgezogen, dass er den Termin für solche Gespräche erst am 21. Mai festsetzen will. Die Bauherrschaft hält an ihrer Forderung auf Abbruch der Bauten der Besetzer fest und will nicht auf die Umzäunung des Baugeländes verzichten. – 18. Informationstagung auf dem Baugelände: Referat (Prof. Max Thürkauf, Basel), Besetzer-Zytig, Ausstellung über Alternativen zu Kernkraftwerken (ETH-Studenten). – 21. Erhöhte Alarmbereitschaft auf dem Baugelände. Die Bürgerinitiativen übernehmen vermehrt die Besetzung und Überwachung des Geländes. – Die Verhandlung über die Besitzschutzklage der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG ist vor dem Bezirksgericht Rheinfelden ohne Urteilsverkündung zu Ende gegangen. Das Urteil wird den Parteien schriftlich zugestellt. – 22. Pressekonferenz der GAK in Bern. Die GAK will versuchen, mit dem Bundesrat doch noch ins Gespräch zu kommen. – 23. FdP Rheinfelden. Die Generalversammlung lehnt den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst ab. – Die Kernkraftwerkgegner wollen eine Volksinitiative lancieren, wonach die Bürger von betroffenen Gemeinden und Kantonen die Möglichkeit erhalten sollen,

sich zum Bau von A-Werken zu äussern. – 24. Die Vollversammlung beschliesst, die Besetzung weiterzuführen, bis die schon früher geforderten schriftlichen Garantien vorliegen. Es sind dies: 1. Baustopp von einem Monat, um während dieser Zeit über die hängigen Fragen verhandeln zu können. 2. Verbindlicher Verhandlungstermin. 3. Verzicht auf jede Veränderung des Geländes während der Verhandlungen, also auch Verzicht auf die Errichtung eines Zaunes und den Abbruch der Gebäude. – 28. Die CVP des Bezirks Rheinfelden fordert die Aufhebung der Besetzung. Anschliessend seien sofort Verhandlungen aufzunehmen und dabei auch das Problem der Kühltürme und der Konzentration von A-Werken in der Region zu erörtern. – 29. Die Vollversammlung lehnt einen Vermittlungsvorschlag der Baselbieter Regierung ab. – Der Hotelier-Verein Rheinfelden unterstützt die Bemühungen der Bürgerinitiativen. – 30. In Aarau ist eine überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke gegründet worden. Präsidentin ist Frau Dora Gebhardt, Rheinfelden. – *Juni*. 4. Bundesrat Ritschard hat schriftlich erklärt, dass er nach einer freiwilligen Räumung des Baugeländes auch über einen Baustopp verhandeln wolle. – Auf der «Schöneegg» bei Mumpf sprechen sich Vertreter der Gemeindebehörden des Bezirks Rheinfelden, die Grossräte des Bezirks und der Regierungsrat über den Fall Kaiseraugst aus. Sie appellieren an die Besetzer, das Gelände in den nächsten Tagen zu räumen, und an die Bauherrschaft, eine dem Gang der folgenden Verhandlungen förderliche Haltung einzunehmen. – 5. Das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke und das aarg. Departement des Innern haben einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, der es der GAK erlauben sollte, das Gelände zu räumen. – Der Bundesrat hat die Kantonsregierungen ersucht, dem Kanton Aargau für den Fall einer zwangsweisen Räumung des Kraftwerkgeländes Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. – 6. Die CVP Rheinfelden stimmt einer Resolution zu, wonach die Besetzung abubrechen und das Angebot des Bundesrates anzunehmen sei. Die Partei erwartet einen Baustopp bis zur definitiven Abklärung der hängigen Fragen. – 7. Die Vollversammlung (rund 3500 Personen) beschliesst, das Gelände am 11. 6. zu verlassen, sofern die Bauherrschaft bis dann schriftlich auf die Errichtung eines Zaunes für die Dauer der Verhandlungen verzichte. – 12. Das Bezirksgericht Rheinfelden hat im schriftlichen Urteil zur Verhandlung vom 22. Mai vier namentlich angeklagte Besetzer sowie die beiden Organisationen Gewaltfreie

Aktion Kaiseraugst und Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke aufgefordert, das Areal der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG zu verlassen. Die Kosten des Verfahrens werden zu zwei Dritteln den Angeklagten und zu einem Drittel der Klägerin auferlegt, deren Klage auf Räumung auch der zu ihrem Areal führenden Strassen nicht geschützt wurde. – Das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke hat beim Bezirksgericht Rheinfelden Klage gegen die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG eingereicht, in der ein Bauverbot verlangt wird; eventuell sei der Beklagten der Bau nur mit Auflagen zu gestatten, die Leben und Gesundheit der Bevölkerung und deren Nachkommen hinreichend schützen. – Der Genfer Staatsrat ist bereit, unter Vorbehalt ein Polizeidetachement von 15 Mann nach Kaiseraugst zu schicken. Die Solothurner Regierung hat in der Angelegenheit noch keine Entscheidung gefällt, die Regierung des Kantons Baselland will zum Hilfeleistungsgesuch keine Stellung nehmen, so lange die Verhandlungen zwischen dem aarg. Regierungsrat und der Vermittlerdelegation laufen. – Die Vollversammlung bestätigt den Beschluss vom 7. Die Räumungsarbeiten haben begonnen. – 14. Das Kernkraftwerkgelände ist geräumt. – 17. Die Lehrerkonferenz des Bezirks Rheinfelden ersucht Bundesrat und Regierungsrat, keine Bau-, Standorts- und Nuklearbewilligungen mehr zu erteilen, bis zusätzliche Auswirkungen von A-Werken abgeklärt sind. – Grosse Debatte im Nationalrat über Kaiseraugst. – 20. Die Einwohnergemeindeversammlung bewilligt einen Kredit für die Beschaffung von Dokumentationsmaterial und Informationen über A-Werke. Der Gemeinderat setzt eine Atom-Kommission ein. – 21. Die Vollversammlung (Strandbad) beschliesst ein neues Organisationsschema, das geeignet ist, die Bemühungen der verschiedenen Gruppen besser zu koordinieren. – 24. Revolutionäre Marxistische Liga (RML). Versammlung mit dem Thema: Die Bewegung von Kaiseraugst – Welche Lehren – Wie weiter? Referent: André Froidevaux. – *Juli*. 3. Die Einwohnergemeindeversammlung Möhlin fasst eine Resolution gegen den Bau des A-Werks Kaiseraugst. – 4. Beginn der Verhandlungen mit den Bundesräten Ritschard, Brugger und Hürlimann. Es werden gemeinsame Expertengespräche vereinbart. – 7. Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst schliesst die Mitglieder der POCH aus. «Die GAK betrachtet sich weiterhin als Teilnehmer an der Volksbewegung, welche übrigens zur besseren Unterscheidung von der GAK von nun an die

Abkürzung GAGAK führt. Die GAK verzichtet lediglich darauf, die ihr zustehenden Delegiertensitze in der Delegiertenversammlung (DV) der GAGAK zu benützen...» (GAGAK: Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst.) – 15. Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat sich bereit erklärt, bis zur nächsten, im September vorgesehenen, Gesprächsrunde zwischen Bundesrat und Besetzern jede Bautätigkeit ruhen zu lassen. Sie verzichtet auch auf die Umzäunung des Baugeländes, sofern die Gegner auf eine Wiederbesetzung verzichten. – *August*. 1. Die auf nukleare Lieferungen spezialisierte Schweizer Industrie erwartet die erste nukleare Teilbaubewilligung für Kaiseraugst für 1976. – 5. Die Baumaschinen sind vom Kernkraftwerksgelände abgezogen worden. – 6. Mitglieder der Bürgerinitiative Rheinfelden gründen eine GAK-Ortsgruppe (Verein), so dass nun in Rheinfelden zwei Organisationen bestehen, die sich dem Bau des A-Werkes Kaiseraugst widersetzen. – 16. Die GAGAK beschliesst an einer Vollversammlung in Münchenstein, in einer Petition einen vierjährigen Baustopp für alle schweizerischen Atomkraftwerke zu verlangen. – 26. In Aarau ist ein Energieforum Nordwestschweiz gegründet worden. Es will zur Versachlichung der Diskussion über die Kernkraftwerke beitragen. Präsident ist Dr. W. Urech, Ständerat, Aarau. – 29. Das schweiz. Initiativkomitee zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen, dem auch die GAK angehört, wendet sich gegen die Petition der GAGAK (s. 16. 8.). – *September*. 2. Die GAK-Ortsgruppe beginnt mit der Unterschriftensammlung für die eidg. Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen. – 13. Beginn der Expertengespräche zwischen der Bewilligungsbehörde für Kernkraftwerke des Bundes und Vertretern der Volksbewegung gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst. – 30. Die Expertengespräche werden wahrscheinlich bis Mitte Oktober dauern, worauf zur zweiten Verhandlungsrunde eingeladen werden soll. Bis dahin wird auf dem Baugelände nichts verändert. – *Oktober*. 13. Abschluss der Expertengespräche. Die A-Werk-Gegner betrachten die Ergebnisse als positiv. – 24.–26. Unterschriftensammlung während der Wahlen.